

Saale-Beitung.

zünftigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die... Anzeigen... 11 Uhr... abends 6 Uhr...

Erachtet täglich... Sonntag und Montags einm.

Druckerei... Halle, Gr. Brauhausstraße 17.

Bezugspreis für Halle... 1.20 Mk. monatlich... 1.30 Mk. vierteljährlich...

Nr. 206.

Halle, Mittwoch, den 3. Mai

1916.

„Allgemeiner und sofortiger Dienstzwang“?

Ein kritischer Tag für das englische Parlament.

WTB. London, 2. Mai. Wie das Reutersche Bureau ergänzend meldet, gebrauchte Asquith im Unterhause die Worte: „Allgemeiner und sofortiger Dienstzwang“.

London, 2. Mai. „Daily News“ meldet: Die Regierung ist zu dem Schluß gekommen, daß nach den jüngsten Ereignissen die allgemeine Wehrpflicht in der Form, wie wir sie kennen, nicht mehr zu bestehen vermag.

Asquiths Wehrereien.

WTB. London, 3. Mai. (Reuter.) Im Unterhause erklärte Asquith, die Beratung über das Wehrpflichtgesetz habe gezeigt, daß der Vorschlag der Regierung, die Wehrpflicht nach und nach durchzuführen, die Gunst des Hauses nicht gefunden habe.

Grey erkrankt.

c. B. Haag, 3. Mai. Reuter meldet: Minister Grey ist seit einigen Tagen krank. Er ist nicht in der Lage, seine Geschäfte zu versehen.

Irland.

c. B. Rotterdam, 2. Mai. Der „Rotterdamse Courant“ gibt einen Bericht der „Times“ aus Dublin wieder, in dem es heißt: Heute, die Sinn-Reiner und seine Anhänger kennen, erwarten, daß die Revolution von neuem beginnen würde.

WTB. Haag, 3. Mai. „Nieuwe Courant“ berichtet: Die Wochenchrift „New Statesman“ schreibt über die Streikbewegung: Die Aufständischen haben mit den Unionisten von Dublin, Newcastle und Belfast das eine gemein, daß sie Home Rule nicht wünschen.

Ämtliche Meldung der Seeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 3. Mai. Westlicher Kriegsschauplatz. Nördlich von Dignuiden drangen deutsche Abteilungen im Anschluß an einen Feuerüberfall in die belgischen Dörfer ein und nahmen einige Dutzend Leute gefangen.

Schwedens Bedrohung durch Rußland.

Die Befestigungen auf den Ålandinseln. WTB. Stockholm, 3. Mai. Reichstagsabgeordneter Professor Gustaf Steffen hat in der Riksdags-Kammer eine Interpellation wegen der Ålandsfrage eingebracht.

lands in England bedeutet und daß die extreme nationalistische Bewegung verschwinden würde, wenn erst ein irisches Parlament in Dublin tagen würde.

Die Wochenchrift „Nation“ schreibt, daß in den irischen Unruhen doch ein Lichtpunkt zu finden sei, nämlich die vollständige Uebereinstimmung von Redmond und Sir Edward Carson, der Redmond seine Mitarbeit bei der Bekämpfung der Rebellen angeboten habe.

Wie aus London gemeldet wird, beschreiben die Londoner Blätter das traurige Aussehen Dublins und die dort herrschenden furchtbaren Zustände. In Dublin sieht es vor allem an den Straßen mit ihren leeren Fenstern so trübselig aus, daß man nur von solchen Leuten betreten können, die einen militärischen Auftrag vorzeigen können.

Rachricht aus den irischen Grafschaften bringen. Es heißt, daß die revolutionäre Bewegung auf dem Lande unausgesetzt fortbauert.

c. B. Rotterdam, 2. Mai. Einige hundert Sanitätsträger führten, dem „Journal de la Presse“ zufolge, irische Aufständische in der Nähe von Belfast aus. Sie bemächtigten sich eines bewaffneten Segelbootes, unternahm eine mehrtägige Fahrt entlang der Küste und feuerten auf alle ihnen bekannten Wachtposten.

Venzelos und das griechische Heer.

WTB. Wien, 2. Mai. Die Politische Korrespondenz erhält folgende Mitteilung aus Griechenland: Die das Selbstbestimmungsrecht Griechenlands aufs tiefste verletzenden Handlungen der Entente, die in der Armee des Landes von Beginn an schmerzhaft empfunden wurde, haben infolge des Bruches, den diese Wüßtegrube auf die Regierung in der Angelegenheit des Durchmarsches serbischer Truppen durch Griechenland auszuweisen suchte, ihren Höhepunkt erreicht.

In Venzelos' wanderner Gestalt mögen sich unterschiedliche Deutungen versuchen. Kann jene, er späht nach dem Rückweg, sucht loszukommen und überdenkt ein neues Spiel, Einfließen jedenfalls ist er durch Vergangenheit behindert, und gehalten, dem Bierverband, dem er in großen nicht nützen kann, wenigstens im kleinen Gefälligkeiten zu tun.

Die Kundgebung der griechischen Offiziere ist weder politisch noch unneutral. In unangenehmer Weise haben diese Männer nur das Gedächtnis erneuert, unter allen Umständen für das Selbstbestimmungsrecht ihres Vaterlandes und für den Träger seiner bewaffneten Freiheit, den König, einzutreten. Nicht ihre, noch Griechenlands Schuld ist es, wenn dies einwandfreie Verhalten auf die Brüder wie Kriegsdrohung und Parteinahme wirkt.

Dies ist soweit kam, ist keine unangenehme Leistung englisch-französischer Politik. Eine bei der Mehrheit des griechischen Volkes ungeteilt ursprünglich vorhandene Vorliebe für die Weimäre ist sich in Umwelungen und dieses Weimäre, ist wohl in Satz verwanbelt. Langsam aber unabweisbar wird im hellenischen Bewusstsein Gemäßigtheit gleichbedeutend mit Orientpolitik, Wahrung der Neutralität mit Bestätigung des Bierverbandes, Freiheit mit Unabhängigkeit von den Befehlshörern der kleinen Völker. Dies alles wurde schon Bismarck'sche das Auftreten der griechischen Offiziere legt nur das Siegel darunter. Das Schicksal Griechenlands vermeiden — ward ein europäisches Epigramm; „englische Freiheit“ — ist auf dem Weg, eins zu werden.

Darum reichen die griechischen Vorgänge in ihrer Bedeutung weit über ihren Schauplatz hinaus. Denn, und das ist das Wesentlichste: Der den Völkern erteilte Anshauungsunterricht in Sachen des Kampfes für Zivilisation und Völkerehre hat nicht nur die allbekannte negative, sondern auch jene, noch zu wenig gewürdigte, positive Seite. Nicht nur, daß die Entente den Befähigten die Ehrfurcht vor englisch-französischen Kriegsidealen erfolgreich abgewöhnt; sie lehrt, darüber hinaus, mit zunehmender Wirkung eine Werberarbeit für das, was gegen sie zu kämpfen vorgibt. Der griechische Offiziersbund hat pflichtgemäß weder Feindschaft gegen den Bierverband noch Hinnahme zu den Mittelmächtigen betont. Nicht hindern aber kann er, daß sein Verhalten als eine starke Kundgebung für den Völkerehre unserer vereinigten Feinde wirkt: den deutschen Militarismus.

Grenzenloses Wiederholen der gleichen Anlagen weckt Sympathie für den Angefallenen; das hätten die Gegner bedenken sollen. Sie halten sich ja sonst für Philosophen. Schon im Anfang des Krieges war in den Heeren vieler Nationen ein unruhiges Bewußtsein die Leistung, die den Tüchtern niemals auf die Dauer verlagert wird. Aber es war doch eine Bedingung, durch mangelhaft vorurteil eingeschränkte Anerkennung; das deutsche Heer wie die deutsche Volksgemeinschaft galt als vornehmlich, wenn auch von Nachzügeln mangelhafter Masse. Dies Vorurteil hat sich durch die Bemühungen unserer Gegner gemindert. Was mit der besseren Welt, mit wahren Mitteln, mit Völkerehre, Rechtsbruch und Anechtung unabhängiger Staaten bekämpft wird, muß etwas wert sein; das ist die neue Einsicht, die sich im Laufe dieses langen Krieges unter den Völkern verbreitet — bis in die Reihen unserer Feinde hinein.

Militarismus ist der Entschluß, für Freiheit und Unverletzlichkeit des Vaterlandes das Beste zu offen. Militarismus ist die beharrliche Treue des Willens und Sandelns. Militarismus ist die Kraft, die nicht nötig hat, ihre Worte durch die Taten zu widerlegen. Diesen Militarismus — den dienenden und befehlenden, nicht den blutigen Popanz für die Menschheit entbedt zu haben, ist das Verdienst unserer Gegner.

„Nur Artillerieduell.“

Kriegsbriefe aus dem Westen.
(Telegramm unseres Kriegsberichterstatters.)

Großes Hauptquartier, 2. Mai.

„Keine Infanteriestärke auf beiden Seiten“, ist die in jeder Zeit in den französischen Verbundritten immer häufiger wiederkehrende Kennzeichnung. Sie ist nicht zu bezweifeln, denn in Westfront sind fast ausschließlich die Kämpfe von Artillerie, nur selten von beschränkter Bedeutung, auf deren Hervorhebung die Franzosen allerdings keinen Wert zu legen scheinen, weil sie sonst zugeben müßten, daß sie bei keinem ihrer mit großer Tapferkeit und heldischen Verletzungen durchgeführten Infanteriekämpfe Erfolg gehabt haben. Bei diesen Kämpfen handelt es sich nicht mehr darum, die deutsche Sturmkamer an einer Stelle zu zerstören. Das ist unmöglich ist, haben die Franzosen inzwischen eingesehen. Das Ziel ihrer Angriffe ist vielmehr in den meisten Fällen, einen der verlorenen Beobachtungspunkte zurückzugewinnen, von denen wir sie auf der ganzen Peripherie in der bedeutenden Phase der Schlacht verdrängt haben, welche unserem ersten mächtigen Einbruch der französischen Stellungskriegsfront gefolgt ist. In der Tat führt augenblicklich die Artillerie das große Wort und in diesen Fällen ist ihre Arbeit zu tagelangen Trommelfeuer geleistet. Während wir außer dem Besitze der planmäßig erkmäpften Beobachtungspunkte den Vorteil haben, für die Aufstellung unserer Reserve und die Heranziehung unseres Bedarbes über ein Hinterland von unbeschränkter Ausdehnung zu verfügen, sind die Franzosen gezwungen, ihre Mannschaften in dichten Massen in dem Winkel des Faches zusammenzudrängen, dessen Stäbe die deutschen Angriffsrückstellungen bilden. Jede ihrer Straßen, jede Unterart jeder Schritt — erteilte Befehle liegt in deutschem Feuer. Unsere schwere Artillerie wirkt furchtbarlich in den zusammengebrängten Truppenmassen der Franzosen. In den Wäldern über den Schlanglinien finden während des ganzen Tages ununterbrochene Fliegerkämpfe statt und oft geht ein ganzes Flugzeugschwadron von beiden Seiten gegeneinander vor.

Unserer Feinde Furcht vor einem neuen Winterfeldzug.

„Dringend nötige“ Lösung des Riesenproblems.

Ein Londoner Brief des „Giornale d'Italia“ vom 27. April macht darauf aufmerksam, daß man einem weiteren Winterfeldzug in London mit Schrecken entgegenstehe. Die allgemeine Auffassung verlange, daß man mit den heute vorhandenen Kräften kräftig dreinschlage. Es sei drinacend nötig, eine allgemeine und

erschöpfende Offensive zu ergreifen und die Lösung des Riesenkampfes in diesem Jahre zu finden. Man verhoffe, daß die Militärkonferenz der Alliierten auf die besten Gedanken gestimmt sei. Die öffentliche Meinung der Alliierten verlange auch eine weitere Zusammenarbeit der militärischen Kräfte.

Nach dem Pariser Vertreter des „Corriere della Sera“ sind an der Westfront neue wichtige Ereignisse zu erwarten, die sich durch zahlreiche übereinstimmende Angaben bemerkbar machen. Der Bericht schließt mit den Worten: Die letzten Ereignisse scheinen darzutun, daß es sich um eine große Entscheidung viel weniger weit entfernt ist, als man bisher angenommen hat. Man hat den Eindruck, daß Ereignisse von großer Bedeutung zur See heranziehen.

Der Zweck der russischen Truppen in Marzelle.

Das „Journal de Genéve“ meldet, daß die Landung der russischen Truppen in Marzelle das Signal zum Beginn der großen auf dem letzten Pariser Kriegesrat beschlossenen Offensive der Entente darzustellen sollte.

Die Pariser Blätter denken an, daß die Vorränge in Irland in Verbindung mit der englischen Wechselführerschaft auf die große Offensive des Bierverbandes gesetzt ist.

WTB. Marzelle, 2. Mai. Eine neue Abteilung russischer Truppen ist heute hier angekommen.

Reklamierun für England.

e. B. Nicht nur Frankreich, sondern auch England ist jetzt mit einer Sendung russischer Truppen beglückt worden, wodurch das treue Zusammenhalten der Ententegebieter bewiesen werden soll. Eine Abteilung Kisten mit einigen Offizieren sowie mit einer Gruppe Munitionsarbeiter sind in England eingetroffen und am Freitag hat Kingener sie mit einer Ansprache begrüßt und beehängt. Aber selbst die Engländer scheinen sich dieses hohen Stuffs zu schämen. Denn die Presse hat ihre Ankunft nicht gemeldet und nur ein einziges Blatt teilte die Befähigung durch Kingener mit.

Truppentransporte von Veggypien nach Marzelle.

Griechische Vordampfer mit aus Veggypien geschickten Griechen sind im Piräus eingelaufen. Die Reisenden erzählen, die Entente mache fieberhafte Anstrengungen, die Truppen, die zuletzt bei den Darbanelen kämpften und jetzt in Veggypien seien, nach Marzelle zu schaffen. 150 Transportdampfer seien in den ägyptischen Häfen versammelt. Bisher seien über 100 000 Mann (?) nach Marzelle transportiert worden.

Rückzug der Engländer in Mesopotamien.

Wien, 2. Mai. Nach einem Ungarer Bericht der „Zeit“ meldet Daily Chronicle, daß General Drake den Generalen Gorringe und Herr von Bielefeld erteilt habe, die vorgeschobenen Stellungen auf dem linken Ufer des Tigris unverzüglich zu räumen.

Jülich, 2. Mai. Die Blätter melden: Halsamtliche Informationen in der Londoner Presse bereiten auf die Möglichkeit einer Aufhebung des Traubelzuges vor. Die Auslassungen der Walländer Presse über den Fall Kut el Amaras sprechen der Kapitulation eine größere militärische Bedeutung ab, schreiben aber, daß durch das Freiwerden großer tüchtiger Kräfte das am Tigris stehende englische Hilfsheer in große Gefahr gebracht werde.

Erfolgreiche Befähigung der kleinasiatischen Küste.

WTB. Konstantinopel, 3. Mai. Aus dem Großen Hauptquartier wird gemeldet: Einige feindliche Schiffe erschienen in den Gewässern von Smyrna und Metri und besaßen einige Punkte an der Küste ohne Erfolg. — Von den anderen Fronten sind Nachrichten von Bedeutung nicht eingetroffen.

Ruhe an der Bukowinafront.

e. B. Bukarest, 3. Mai. Seit einigen Tagen herrscht an der Bukowinafront vollständige Ruhe. Das ist angeschlossen der Tatsache zuzuschreiben, daß die jüngeren russischen Jahrgänge nach dem Kaukasus überführt und durch ältere Jahrgänge aus dem Inneren Anklar's ersetzt worden. Damit hat der Offensivgeist der russischen Armee aufgehört.

Bessarabische Frauen und Mädchen werden — einberufen!

Aus Besjarabien ist hier eine Nachricht eingetroffen, die namentlich in Deutschland Interesse und Aufsehen erwecken wird. Die russischen Militärbehörden in Bessarabien haben nämlich Väter von Frauen und Mädchen von 18. bis zum 40. Lebensjahre angefordert, und es ist damit der Zweck verbunden, diese Frauen und Mädchen zur Erhaltung von Schützengräben, ferner zur Versorgung der Frontlinien und zu anderen militärischen Arbeiten zu verwenden. Jede Frau und jedes Mädchen muß bei der Einberufung zwei Schaulen und einen Kessel zum Kochen des Essens mitbringen. Mit der Einberufung dieser weiblichen militärischen Hilfskräfte ist laut „S. P.“ bereits begonnen worden. Die Maßnahme richtet sich hauptsächlich gegen die Frauen der deutschen Kolonisten.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Der Fall der „Tubantia“.

e. B. Das Antimerdamer Handelsblatt meldet: Wie wir vernehmen, sind die Besprechungen, die in Berlin über die Torpedierung der „Tubantia“ geführt werden, nunmehr in ein neues Stadium getreten, das die Möglichkeit zuläßt, daß bald eine endgültige Lösung erwartet werden kann. Sowohl der Bericht, als auch die ebebeten Erklärungen, die vor dem Schiffsratrat abgegeben wurden und auch die vorgelegten materiellen Beweismittel haben die maßgebenden Berliner Persönlichkeiten zu der Überzeugung gebracht, daß tatsächlich

ein deutsches Torpedo die „Tubantia“ versenkt hat. Man hat bereits mit den Besprechungen über Schadenersatzleistung begonnen. Deutscherseits hat man sich bereit erklärt, den Schadwert zu vergüten. Der Direktor des holländischen Lloyd, der die Besprechungen führte, war aber überzeugt, daß der Schadwert allzu sehr hinter dem Marktwerte zurückbliebe. Inzwischen wurde auf Grund einer Erklärung des Generaldirektors Ballin von der Hamburg-Amerika-Linie, eines der größten Dampfschiffes dieser Gesellschaft dem Königlich holländischen Lloyd abzutreten, die Besprechung wieder aufgenommen. Der Direktor des holl. Lloyd hat sich zum zweiten Male nach Berlin begeben. Durch eine derartige Regelung, die sehr viel Aussicht auf Erfolg hat, tritt die Frage Schadwert oder Marktwert in den Hintergrund. Auch die damit zusammenhängende Frage des Goldkurfes wird eingeklärt. Die Leistung der Kaufsumme wird durch Abzug der deutschen Regierung und der Hamburg-Amerika-Linie geregelt werden. Die Anleihe, aus der das Blatt die Nachricht hat, ist der Ueberzeugung, daß, wenn die Ueberseefahrt zustande gekommen sein würde, die englische Regierung den Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie, der in holländischen Besitz übergeht, auch als niederländischen Besitz anerkennen wird.

Wir geben diese Meldung mit allem Vorbehalt wieder.

Verfenskt.

WTB. London, 2. Mai. „Lloyd's“ meldet: Der Dampfer „Rochester“ wurde versenkt; ein Mann der Besatzung wird vermisst. Der Dampfer „Rio Branca“ wurde versenkt.

Deutsche aus Kamerun in Spanien.

Aus Madrid, 2. Mai, meldet die „Frankf. Ztg.“: Zwei spanische Dampfer landeten in Cadix 827 Deutsche aus Kamerun, darunter den Gouverneur und die Beamten der Kolonie. Sie reisen sofort in die Konzentrationslager ab.

Amgastung des rumänischen Kabinetts.

Bukarest, 2. Mai. Die Mitteilung, daß das jetzige rumänische Kabinet in Kürze vor einer völligen Umgestaltung stehen werde, wird jetzt von den rumänischen Blättern bestätigt, wenn sie auch, je nach ihrem Parteistandpunkte, noch Vorbehalte machen.

Ein Neukauf Englands in Rumänien.

WTB. Bukarest, 2. Mai. Das Roterische Bureau meldet, daß die Verhandlungen des Sanitäts rumanischer Hilfsverbände und des Britischen Neukaufsbureaus zum Ankauf eines für die Ausfuhr bestimmten Mehrvorrates von ungefähr 10 000 Waggons geführt haben.

Schroffer englisch-italienischer Gegensatz auf der Pariser Wirtschaftskonferenz.

WTB. Bern, 2. Mai. (Drahtbericht.) Wie das „Pariser Journal“ von der Pariser wirtschaftlichen Konferenz berichtet, erwiderte der englische Abgeordnete Allen Kider dem italienischen Deputierten Lugazzi, daß England nicht ohne große Uebelstände auf seinen Vorschlag bezüglich der Maßnahmen gegen das Steigen des Wechselkurses eingehen könne. Es sei zu keiner Einigung gekommen, so daß ein italienischer und ein englischer Vorschlag angesetzt wurden; der erstere fordere einen ständigen Ausschuss von Vertretern der Emissionsbanken und der Schatzämter der Staaten zur Prüfung von Maßregeln gegen den Goldabfluß, sowie die Schaffung einer Kompensationskammer unter den Alliierten, die die Kurse regeln solle. Der englische Antrag bezeichnet es als wünschenswert, daß noch vor dem Friedensschluß ein Ausschuss von Vertretern der Alliierten gebildet werde, um die Mittel ausfindig zu machen, die die Industrie und der Handel eines jeden Landes begünstigen, und um die Frage der Erzielung einer besonderen Verknüpfung zu prüfen, die geeignet sei, den alliierten Völkern bei Lösung der finanziellen Aufgaben zu helfen, die der Krieg aufzuerlege.

Dem „Temps“ wird aus London gemeldet, daß eine wirtschaftliche Konferenz der Alliierten in Paris Anfang Juni zusammentreten wird. Die Vertreter der alliierten Regierungen würden nicht nur ihre Gedanken austauschen, sondern sich auch bemühen, bestimmte Maßnahmen zu beschließen, um sie gemeinsam nach dem Kriege auszuführen.

Deutsche Scheinwerferzüge für Schweden.

e. B. Die deutsche Regierung erteilte nach einer Stockholm Meldung Ausfuhrerlaubnis für 12 Scheinwerferzüge nebst Zubehör für die schwedische Armee. Ein Teil ist bereits in Schweden eingetroffen.

Englische Werte in Deutsch-Ostafrika?

Neuer zufolge berichtet General Smuts: Britische Truppen haben in der Gegend von Kondoa-Trangi (Ostafrika) verschiedene Züge, die Munition, 300 Stielgeschloßes Vieh, 24 Gewehre enthielten, und ferner eine Viehherde von 600 Stück und 200 Esel erbeutet.

Der Fall Diebknecht im Reichshaushaltsausschuss.

Berlin, 2. Mai. Der Reichshaushaltsausschuss des Reichstages nahm heute mittag seine Arbeit wieder auf und zog den Etat des Reichstages in Beratung. Ein Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft be sprach die Vorgänge in der Reichstagsführung vom 8. April.

Würde die alte Bestimmung wieder in Kraft gesetzt, daß kein Abgeordneter außer dem Redner und dem Berichterstatter die Redebeiträge betreten dürfte, so könnten solche Szenen wie am 8. April nicht vorkommen. Der Redner kritisiert es, daß der Präsident die Berichterstattung über die Sitzung beeinflusst habe. Ein Abgeordneter des Reichstages habe sich geweigert, die von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zu dieser Angelegenheit gestellten Anträge dem Reichstage zu unterbreiten, weil die Anträge einen Kritik der Geschäftsführung des Präsidiums enthielten. Diese Auffassung sei richtig. Die Anträge sollten nur verhindern, daß Abgeordnete durch Gewaltthatigkeiten am Rednerstand verhindert werden. Der Präsident habe nicht das Recht, die Berichterstattung der Presse zu beeinflussen. Der Redner bringt neue Anträge ein, dahingehend, der Präsident wolle Sorge tragen, daß die Rednerfreiheit von Abgeordneten nicht

durch andere Abgeordnete eingeschränkt werde und er möge die Verhinderung nicht beeinflussen. Der Reichstag habe gemäß das Recht, die Geschäftsführung des Präsidenten zu kritisieren.

Einer der beiden Vizepräsidenten des Reichstages führt aus, dass Präsidentium habe sich damals entschieden, daß es nicht zweckmäßig gewesen wäre, die Ausführungen des Abg. Dr. Liebnecht vielleicht entstellend der Öffentlichkeit mitzuteilen, weil dann das Ansehen des Reichstages und die Interessen des Reiches hätten gefährdet werden können. Die Zensurbehörde habe nur dem Wunsch des Präsidenten Ausdruck gegeben, diese Ausführungen in bestimmter Form zu bringen. Die Anträge der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion des Reichstages seien eine Kritik der Geschäftsführung des Reichstages. Die Geschäftsführung sehe für eine solche Kritik ganz bestimmte Formen vor; eine weitere Kritik sei nicht zulässig. Der Vizepräsident führt weiter aus, der Präsident habe dem Abg. Dr. Liebnecht seitig durch Klauen der Glase unterbrochen und habe auch nicht zugelassen, daß er von anderen Abgeordneten in seiner Redefreiheit behindert werde.

Ein völksparteilicher Abgeordneter meinte, daß die Anträge nicht in den Reichshaushalt, sondern allenfalls in den Geschäftsordnungsausschuß gehören; auch bei ihrer Annahme könnten sie keine praktischen Folgen haben. Die Anträge seien auch deshalb zu beanstanden, weil es kein Präsidium, sondern nur einen Präsidenten gebe und weil es keine Einschränkung seiner Funktion als Privatmann hieße. Dinge, die nicht in einer Form zu bringen, die auf die Interessen des Reiches schädigend wirken könnten. Dem Abg. Dr. Liebnecht sei längst das Wort entgegen, ja er aus der Sitzung ausgeschlossen gewesen, als der Zusammenstoß zwischen ihm und anderen Abgeordneten stattfand.

Der Präsident des Reichstages nahm darauf das Wort, um zu erklären, daß er sich in eine Kritik seiner Geschäftsführung nicht einlassen könne. Er läse das Amt nach bestem Ermessen und auch in Anbetracht der Pflichten aus, die er gegen das Vaterland habe. Aus der ausländischen Presse und aus Zeitungen gefangener feindlicher Offiziere sei ihm bekannt, wie schädigend das Auftreten des Abg. Dr. Liebnecht für unser Vaterland gemein sei. Der Präsident halte es für seine Pflicht, sein Amt so zu führen, daß solche Schädigungen verhindert oder doch möglichst gemindert werden.

Ein Zentrumstreber betonte, daß die Anträge keine praktischen Folgen haben könnten und nur eine Kritik der Geschäftsführung des Präsidenten bedeuteten. Wenn ein Einspänner seine Stellung als Abgeordneter mißbrauche, um Landespresse zu üben, so brauchte sich der Reichstag das nicht gefallen zu lassen und ein solcher Mann sollte von keinem anderen Abgeordneten in Schutz genommen werden. Wenn Ausgrenzungen anderer Abgeordneten gegen Dr. Liebnecht vorgenommen seien, so wolle sie das Zentrum nicht billigen. Aber habe es ein anderes Mittel gegeben, um vaterlandschädigende Ausführungen Liebnechts zu verhindern? Was jedem Abgeordneten erlaubt sei, nämlich Wünsche in Bezug auf die Verdächtigungen gegenüber der Presse zu äußern, das müsse auch dem Präsidenten gestattet sein. Praktisch dürfte es sein, nicht jeden Zwischenruf in den Protokoll aufgenommen zu lassen, sondern nur soweit sie zum Verständnis der weiteren Ausführungen des Redner notwendig sind. Sobald die Glöse des Präsidenten ertöne, müsse die stenographische Aufnahme der Rede aufhören. Jeder Redner müsse sich dem unterwerfen. Die Redefreiheit sei beschränkt durch das Recht des Eingreifens des Präsidenten.

Ein Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion führte aus, daß alle Abgeordneten das Recht und die Pflicht haben, für Ordnung und Redefreiheit im Reichstage einzutreten. Er behaupte das Auftreten Dr. Liebnechts, aber landesverräterisch seien dessen Ausführungen wohl nicht gewesen. Es wäre vielleicht nützlicher gewesen, ihn reden zu lassen und ihn nachher zu kritisieren. Wenn man jetzt solche Anträge stelle, wie es geschehen sei, so werde nichts Gutes herauskommen. Die bestehende Geschäftsordnung sollte uns gegen solche Vorkommnisse wie am 8. April schützen.

Ein Eingriff des Präsidenten in die Verhinderungstatung liegt nicht vor.

Es sei eine Selbstermächtigung, daß der Präsident sein Amt so zu verwalten habe, daß dem Lande kein Schaden entstehe. Das Recht der Kritik müsse der Reichstag sich vorbehalten. Es würde bedenklich sein, in diesem Augenblicke an der Geschäftsordnung zu rütteln.

(Fortsetzung im Morgenblatt.)

Liebnecht verhaftet.

c. B. Berlin, 3. Mai. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat nach dem „Vorwärts“ gestern abend folgenden beschleunigten Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, das gegen den Abgeordneten Dr. Liebnecht eingeleitete Verfahren für die Dauer der Sitzungsperiode auszusetzen und die über ihn verhängte Haft aufzuheben. Aus dieser Mitteilung ersieht man also, daß Dr. Liebnecht am 1. Mai tatsächlich verhaftet wurde.

„Der Mann ist ja krank.“

T. U. Stuttgart, 3. Mai. Auf einer in Stuttgart abgehaltenen Landeskonferenz der württembergischen Sozialdemokratie, die ihre Zustimmung zur Kriegspolitik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgesprochen, bemerkte der Referent Reichstagsabgeordneter Keil: Auch bei der

Zustimmung zur zweiten Kreditvorlage war man in der Fraktion einig, daß die Geschäftsführung zu wahren sei. Als Liebnecht trotzdem abspitzerte, entstand heftige Empörung, aber als Fortwährender beruigte ich die Fraktionsmitglieder mit der Erklärung: „Der Mann ist ja doch krank.“ Die Mitteilung wurde von der Konferenz mit Heiterkeit aufgenommen.

Eine Enttäuschung?

Der Bundesrat hat die lang erwartete Novelle zum Reichsvereinsgesetz nunmehr verabschiedet. Nach Blättermeldungen entspricht der Inhalt aber sehr wenig den allgemeinen Erwartungen. Das Gesetz sollte bekanntlich eine Belohnung für die Berufsvereine der Arbeitgeber und Arbeitnehmer darstellen, die sich in dem gegenwärtigen furchtbaren Kriege so ausgezeichnet bewährt haben. Sie sollten von den politischen Parteien bereit werden, die ihnen durch die Praxis der Gerichte und der Verwaltungsbehörden immer wieder angelegt worden sind. Obwohl sie in ihren Satzungen lediglich die Förderung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder als Zwecksetzung festgelegt hatten, wurden sie dem politischen Parteien gleichgesetzt und mit allerlei feinen polizeilichen Nebensächlichkeiten belastet. Der Reichstag hatte deshalb den § 3 des Reichsvereinsgesetzes folgenden Satz hinzugefügt: „Nicht als politische Vereine gelten Vereine von Berufsgenossen oder Angehörigen verschiedener Berufe und Standesvereine, auch wenn sie zur Verfolgung ihrer Zwecke politische Gegenstände in Verhandlungen erörtern.“ Man war dabei von der Erfahrung ausgegangen, daß den Berufsvereinen heutigen Tages gar nicht mehr möglich sei, ohne Einwirkung auf die Politik und Sozialpolitik nennenswerte Vorteile zu erzielen. Die neue Novelle zum Reichsvereinsgesetz will aber, wie man hört, nach wie vor den Gewerkschaften keine politische Betätigung gestatten. Sie beschränkt sich vielmehr nach den Mitteilungen der Presse im wesentlichen auf die Bestimmungen, die von der Verpflichtung zur Einreichung der Satzungen, des Vereinszweckes der Vorstandsmitglieder und des Ausschusses Jugendwörter unter 18 Jahren handeln, künftig nicht mehr Anwendung finden sollen auf solche Vereine (Gewerkschaften), die sich lediglich der Verbesserung des Arbeits- und Lohnverhältnisses ihrer Mitglieder zur Aufgabe gemacht haben. Der landwirtschaftlichen Arbeiter die bekanntlich in Preußen kein volles Koalitionsrecht haben und der Staatsarbeiter, die sich ebenfalls nicht das gleichen Vereinigungsrecht wie die gewerblichen Arbeiter erfreuen, soll in der Vorlage überhaupt nicht gedacht sein. Das muß missgehende Enttäuschung erwecken. Wenn auch nach dem Kriege und in alle Zukunft unsere Verwaltungsorgane und einzelne Gerichte die Möglichkeit in die Hand bekommen, Berufsvereine wegen gelegentlicher politischer Betätigung als politische Vereine zu behandeln, so ist an den gegenwärtigen Verhältnissen, die auch von der Regierungseite aus gegeben worden sind, nichts geändert. Es ist dann außerdem der Beweis erbracht, daß die ganze kommende Neuorientierung der inneren Politik, deren Vorläufer diese Novelle sein sollte, nicht als beides ausfallen wird. Das ist überaus bedauerlich. Im gegenwärtigen Zeitpunkt kommt noch so viel auf eine vertrauensvolle Stimmung des Volkes zur Regierung an, daß die geringste Enttäuschung peinlich vermieden werden sollte. Man darf deshalb mit Bestimmtheit annehmen, daß der Reichstag eine so abgeschwächte Reform nicht genehmigen wird. Er wird vielmehr den Grundgedanken wieder in den Vordergrund hineinzubringen versuchen, daß alle Berufs- und Standesvereine, auch wenn sie zur Verfolgung ihrer Zwecke Politik treiben, doch nicht als politische Vereine anzusehen sind. Auf den Ausgang des Kampfes zwischen Regierung und Reichstagspartei darf man gespannt sein.

Der Landwirtschaftsrat gegen die Novelle zum Reichsvereinsgesetz.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat, wie die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Kreuzzeitung“ mitteilen, am 1. Mai einstimmig den Beschluß gefaßt, wonach der Deutsche Landwirtschaftsrat in der Zukunft der Reichsregierung, eine Novelle zum Reichsvereinsgesetz einzubringen, einen so heißen Wunsch des Burgfriedens erkläre, daß die bedeutendsten Folgen innerpolitischer Art unaussprechlich erscheinen. Der Vorstand des Deutschen Landwirtschaftsrates richtete an den Reichsanwalt eine Eingabe mit der Bitte, seiner Novelle zum Reichsvereinsgesetz die Zustimmung erteilen zu wollen, welche die bisherigen friedlichen Verhältnisse in unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung irgendwie berühren oder auch nur für die Zukunft gefährden könnten. Nach der „Deutschen Tageszeitung“ hätten diese Vorstellungen keinen Erfolg gehabt.

Reichsverband deutscher Städte.

Am 27. April trat der Gesamtvorstand des Reichsverbandes deutscher Städte, dem zur Zeit über 780 Mitgliedstädte angehören, zusammen, um eine Reihe wichtiger Fragen zu erledigen. Dem Wunsch vieler Städte entsprechend wird der Vorstand eine Berufung der für die nächsten Gemeindefesttage ins Leben rufen, die sich in erster Linie mit der Beratung auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschäfte befassen wird und deren Geschäftsführung Herr Ritter Bürgermeister Schilles-Saara (Schiff) übernommen hat. Auf einer Konferenz, die auf die Bitte des Reichsverbandes der preussische Minister des Innern ausgesetzt hat, in der über die Forderung der Finanznot der kleinen und mittleren Städte beraten werden soll, wird seitens des Vorstandes vorgeschlagen werden, folgende finanzielle Gesichtspunkte ins Auge zu fassen: Dinaushebung der Vermögenssteuer der städtischen An-

sehen auf längere Jahre, angemessene Verzinsung der Vermögenswerte der Kriegsanleihen auf 1 Proz. feste Verzinsung aller Staatsanleihen, Ausbau der Geldhülle, die die Städte erhalten, angemeßener Zutritt zu den Volksschulen der Gemeinden, zweckmäßiger Ausbau der Betriebsamtsverwaltung und sozialer Grundhülle, Bekämpfung der öffentlichen und privaten Sozialfallen, Zulassung einer Leihbau- und Kinderlosen-Steuer durch Staatsgesetz und Übertragung dieser Steuern den Gemeinden, Ausbau der Instrumentensteuer, Luftverkehrs- und Kistensteuer, besonders für Kinematographen, Erhebung von kommunalen Zuschlägen zu den erhöhten Staatsentlohnungsleistungen, Bekämpfung der Geldhülle mit beschränkter Sanktion und der einträglichen Vermögensgegenständen, restlose Abschaffung des Steuerzolls der Beamten, Lehrer, Geistlichen und Offiziere, Berechnung der Gemeindefinanz auf dem Gebiete der öffentlichen Verkehre mit der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft angefaßt hat und dafür die wenig bestickten Gemeindefinanz in den einzelnen Provinzen streiten sind. Von dem Erlaß des preussischen Ministers des Innern vom 18. März an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten über die Wahrung der Rechte der Selbstverwaltung wurde mit großer Genugung Kenntnis genommen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Durchführung dieses Erlasses in allen Teilen des Staates reiflich sein werde. In der Reichsvereinsfrage konnte der Vorstand die städtischen Ausführungsbestimmungen nicht fassen, da die städtischen Ausführungsbestimmungen noch fehlen. Der Vorstand hat namens des Reichsverbandes deutscher Städte die Eingabe des deutschen Städteverbandes an die Staatsregierung über die rechtliche Finanzfrage durch die Deutsches Reichsvereinsfrage auf dem Lebensmittelsgebiete durch eine eigene Eingabe zu der letzten gemacht. Gegenüber einem als schädlich geltender der Staatsregierung hinsichtlich des Erlasses von Kreisverordnungen wurde mit Genugung festgestellt, daß das Oberverwaltungsgericht jedoch eine Entscheidung im entgegengesetzten Sinne erlassen hat. Der Vorstand beabsichtigt, in kurzer Zeit auf Wahrung der Interessen der kleinen und mittleren Städte auf dem Gebiete der Lebensmittelfragen wieder zusammenzutreten.

In einer erneuten Eingabe will der Reichsverband deutscher Städte der Staatsregierung ausgeben, daß bei der Kriegsgewinnsteuer Erleichterungen während des Krieges anders wie die Kriegsgewinne behandelt werden und daß die steuerpflichtige Summe auf 10 000 Mark herabgesetzt wird. Bei der Berechnung der Einkommensteuer wurde einmündig behauptet, daß der direkte Verkehre mit der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft angefaßt hat und dafür die wenig bestickten Gemeindefinanz in den einzelnen Provinzen streiten sind. Von dem Erlaß des preussischen Ministers des Innern vom 18. März an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten über die Wahrung der Rechte der Selbstverwaltung wurde mit großer Genugung Kenntnis genommen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Durchführung dieses Erlasses in allen Teilen des Staates reiflich sein werde. In der Reichsvereinsfrage konnte der Vorstand die städtischen Ausführungsbestimmungen nicht fassen, da die städtischen Ausführungsbestimmungen noch fehlen. Der Vorstand hat namens des Reichsverbandes deutscher Städte die Eingabe des deutschen Städteverbandes an die Staatsregierung über die rechtliche Finanzfrage durch die Deutsches Reichsvereinsfrage auf dem Lebensmittelsgebiete durch eine eigene Eingabe zu der letzten gemacht. Gegenüber einem als schädlich geltender der Staatsregierung hinsichtlich des Erlasses von Kreisverordnungen wurde mit Genugung festgestellt, daß das Oberverwaltungsgericht jedoch eine Entscheidung im entgegengesetzten Sinne erlassen hat. Der Vorstand beabsichtigt, in kurzer Zeit auf Wahrung der Interessen der kleinen und mittleren Städte auf dem Gebiete der Lebensmittelfragen wieder zusammenzutreten.

Deutsches Reich.

Protest der Stadt Berlin zur Fleischfrage.

Der Berliner Magistrat bringt folgendes zur Kenntnis:

Es ist neuerdings wiederholt versucht worden, die großen Unzulänglichkeiten auf dem Gebiete der Fleischversorgung mit Maßregeln oder Unterlassungen der Gemeinden in Verbindung zu bringen. So werden jetzt sogar die kommunalen Preisprüfungsstellen für die Fleischfrage verantwortlich gemacht. Die wahren Ursachen liegen ganz anders und liegen darin zu suchen, daß der Viehantrieb auf den städtischen Märkten bisher in keiner Weise den Erwartungen entsprochen hat, die auf die Wirksamkeit der Viehandelsverbände und der Fleischpreise zu erwarten waren. Die Verhältnisse auf dem Berliner Viehmarkt bieten dafür ein schlagendes Beispiel. Groß-Berlin hat nach dem amtlich gestellten Feststellungen allmählich 2125 Rinder, 2185 Kühe, 4500 Schafe und 14 116 Schweine zu empfangen, auf die für Berlin und die Vororte kraft früherer Verträge zu liefernden Fleischschweine angerechnet werden. Statt dessen sind von den Viehandelsverbänden nach dem Berliner Viehmarkt expediert worden in der Woche vom 10. bis 15. April 781 Rinder, 3916 Kühe, 4134 Schafe und 1150 Schweine, in der Woche vom 17. bis 22. April 1115 Rinder, 8887 Kühe, 1868 Schafe und 512 Schweine und in der Woche vom 23. bis 29. April 1658 Rinder (davon 203 wegen schlechter Beschaffenheit freihändig verkauft), 2661 Kühe, 1225 Schafe und 681 Schweine. Es springt in die Augen, wie sehr durch diesen für die Groß-Berliner Gemeinden völlig unvermuteten Ausfall die kommunale Verteilung beeinträchtigt worden ist. — Die Höchstpreisfestsetzung für Rindfleisch in Berlin ist in dem früheren Vertrauen erfolgt, daß sie diesmal, wo die Zuführung amtlich gewährleistet war, nicht der sonst immer beobachteten Folge der Preissteigerung der Ware herbeiführen würde. Aber dieser Erfolg ist dennoch in größtem Umfange eingetreten. Bei Kühen aber, für die man, wenn wenigstens ein Sicherheitsventil zu haben, Höchstpreise bisher nicht festgesetzt hat, ist die Zufuhr weit über dem der Stadt zugemessenen amtlichen Kontingent gewesen. Die Entwürfung der künftigen amtlichen Verteilung und die Unterbrechung der Fleischungen entsprechenden ununterbrochenen Versorgung des Groß-Berliner Marktes gerechnet werden darf.

Verantwortlich für den politischen Teil: Staatsrat Dr. für den östlichen Teil, für Brommalnachrichten, Gericht, Handel, Eugen Brinmann; für den westlichen Teil, für den östlichen Teil, für Unterhaltungsnotizen und alle Nachrichten: Hans Ratonet; für den Anzeigenteil: Alfred Barth. Druck und Verlag von Otto Senbel. Sämtlich in Halle a. S.



GARBÁTY
CIGARETTEN

Flaggen-gala 4 S.

